

---

Zusammenhang zwischen  
Einkommens- und Energiearmut  
sowie die Folgen energetischer  
Sanierungen für vulnerable  
Gruppen: eine qualitative Analyse  
Zusammenfassung

---

ZHAW Soziale Arbeit



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
**Bundesamt für Wohnungswesen BWO**

## Impressum

### Herausgeber

Bundesamt für Wohnungswesen BWO  
Storchengasse 6, 2540 Grenchen  
Tel. +41 58 480 91 11, Fax +41 58 480 91 10  
info@bwo.admin.ch, www.bwo.admin.ch

### Download

www.bwo.admin.ch

### Projektsteuerung

Patrick Brünisholz, BWO  
Doris Sfar, BWO

### Autoren

Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW  
Soziale Arbeit  
Institut Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe IVGT  
Pfungstweidstrasse 96  
8037 Zürich

Anna Suppa  
Gabriela Muri  
Sonja Kubat  
Isabelle Steiner

### Zitierweise

ZHAW Soziale Arbeit (2019). *Zusammenhang zwischen Einkommens- und Energiearmut sowie die Folgen energetischer Sanierungen für vulnerable Gruppen: Eine qualitative Analyse. Zusammenfassung.* Bundesamt für Wohnungswesen, Grenchen.

### Anmerkungen

Diese Zusammenfassung ist auch in französischer Sprache erhältlich.

Der Bericht gibt die Auffassung der Autorinnen wieder, die nicht notwendigerweise mit derjenigen des Auftraggebers übereinstimmen muss.

### Titelbild

© VBS

## Zusammenfassung

In der Schweiz machen die Haushalte einen signifikanten Anteil des Energieverbrauchs aus. Gründe für die hohen Energiekosten der Haushalte können der jeweilige Lebensstil der Betroffenen, eine energieineffiziente Ausstattung oder der energetische Gebäudezustand der Wohnräume sein. Diverse Massnahmen der Energiestrategie 2050 zielen in der Folge auf die Verbesserung der Energieeffizienz der Haushalte und des Gebäudesektors ab. Dabei kommen Fördermittel und Steuerentlastungen vor allem Hauseigentümer\*innen zugute, während Mieter\*innen nach einer Sanierung oft mit erhöhten Mietzinskosten rechnen müssen. Für armutsbetroffene oder armutsgefährdete Haushalte können ein energetisch ineffizienter Wohnraum und eine energieineffiziente Ausstattung zur Armutsfalle werden. Erhöhte Mietzinskosten infolge energetischer Sanierungen übersteigen oft das knappe Budget von vulnerablen Gruppen und können zum Wohnungsverlust führen. Während im Ausland in der Auseinandersetzung mit den sozialen und ökonomischen Folgen der Energiewende das Thema Energiearmut zunehmend an Bedeutung gewinnt, stehen in der Schweiz die Auswirkungen energiepolitischer Massnahmen für Haushalte mit tiefem Einkommen weder im politischen noch im gesellschaftlichen Fokus. Energiearmut entsteht, wenn Haushalten aufgrund von verschiedenen Restriktionen die Verfügbarkeit von Energie nicht (durchgängig) gegeben ist und ein hoher Anteil des Haushaltseinkommens für den Bezug von Energie (Wärme, Warmwasser und Licht) aufgewendet werden muss, um eine angemessene Wohnqualität zu erreichen. Die «klassische Energiearmutstrias» wird in der Literatur als Zusammenspiel aus niedrigem Haushaltseinkommen, energieineffizienten Gebäuden sowie Haushaltsgeräten und hohe, beziehungsweise steigenden Energiekosten beschrieben.

Im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO untersuchte das vorliegende Forschungsprojekt einerseits die Frage nach dem Verhältnis zwischen Einkommens- und Energiearmut. Andererseits wurden die Bewältigungsstrategien von vulnerablen Gruppen sichtbar gemacht, die entweder von Energiearmut betroffen oder durch Energiearmut gefährdet sind oder aufgrund einer energetischen Sanierung eine erhöhte Wohnkostenbelastung aufweisen. Als dritter Schwerpunkt wurden mögliche Hilfeleistungen für Haushalte mit tiefem Einkommen untersucht. In Anlehnung an die Wohnversorgungsstudie (SKOS/FHNW/BFH, *Wohnversorgung in der Schweiz: Bestandsaufnahme über Haushalte von Menschen in Armut und in prekären Lebenslagen*, BSV/BWO, 2015) wurden bei der Definition der zu untersuchenden Zielgruppe sowohl Haushalte berücksichtigt, die von Armut betroffen sind und mit dem von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS definierten Existenzminimum leben, als auch armutsgefährdete Haushalte, die 20 Prozent über dem Existenzminimum leben und als «Haushalte in prekären Lebenslagen» (ebd.: 6) gelten. Dieser Eingrenzung entsprechende Haushalte sind in der Studie als vulnerable Gruppen definiert.

Zur Beantwortung der Fragestellungen wurden eine umfassende Literaturrecherche vorgenommen sowie 10 Betroffeneninterviews und 5 Expert\*inneninterviews aus dem wohn-, sozial-, und energiepolitischen Arbeitsfeld durchgeführt. Eine Online-Erhebung bei 74 Expert\*innen aus dem Bereich der staatlichen oder kirchlichen Sozialhilfe sowie der Schulden- oder Wohnberatung diente dazu, die Folgen energetischer Sanierungen für die Mietpreisgestaltung und das Haushaltsbudget sowie geeignete Beratungsangebote zu eruieren. Bei den Beratungsangeboten wurden die Kantone Zürich, St. Gallen, Bern, Waadt sowie Tessin und Genf berücksichtigt. Zur Anreicherung der Betroffenenfälle wurde



das Forschungsdesign mit Fallbeispielen ergänzt, die im Rahmen der Online-Erhebung gewonnen wurden. Des Weiteren wurden zwei Expert\*innen-Workshops durchgeführt.

### **Folgende Resultate aus der explorativen Studie konnten gewonnen werden:**

#### **Soziale und ökonomische Folgen der Energiewende für vulnerable Gruppen**

Vulnerable Gruppen sind aufgrund der oft sanierungsbedürftigen Wohnungen besonders häufig von baulichen Massnahmen, Wohnungswechseln, ungenügenden Infrastrukturen, nicht beeinflussbaren Energiekosten und deren finanziellen Folgen betroffen. Die Auswertung von 74 Online-Fragebögen und die Analyse der Betroffenen- und Expert\*inneninterviews zeigen auf, wie die Mehrheit der befragten Personen mit tiefem Einkommen oder Sozialhilfebezug in günstigen, unsanierten Liegenschaften wohnt und nach einer Sanierung mit erhöhten Mietzinskosten konfrontiert ist. Die Gespräche zeigen, dass die meisten von Sanierung betroffenen Haushalte eine neue Wohnung suchen mussten und unterstreichen damit die in der Studie von den Bundesämtern für Wohnungswesen BWO und Energie BFE erarbeitete These, dass Mieter\*innen kaum bis gar nicht von den aufgrund von energetischen Sanierungen zu erwartenden gesunkenen Energiekosten profitieren (B,S,S./Basler & Hofmann, *Energetische Sanierung: Auswirkungen auf Mietzinsen*, BWO/BFE 2014). Auffallend ist, dass vulnerable Gruppen zur Begleichung der Energiekosten oder zum Ausgleich von erhöhten Mietzinskosten vor allem beim Grundbedarf sparen. Kosteneinsparung beim Essen, bei den Kleiderausgaben oder im Bereich der Freizeit und Mobilität werden dabei am häufigsten genannt. Vulnerable Gruppen entwickeln für die Einsparung von Energiekosten zudem selektive Heiz- und Beleuchtungspraxen. So werden beispielsweise einzelne Räume das ganze Jahr über nicht beheizt, technische Geräte wie der Fernseher oder Computer auch als Lichtquelle benutzt oder Kleider von Hand gewaschen. Dabei weisen die Betroffenen in der Ausführung dieser Alltagspraxen einen ausgeprägten Sinn für Selbstverantwortung und Selbstkontrolle auf. Aufgrund des tiefen Einkommens verfügen vulnerable Gruppen nur über beschränkte Handlungsmöglichkeiten, ihre Energiekosten effektiv zu reduzieren, was für Betroffene psychische und physische Beeinträchtigungen zur Folge haben kann.

#### **Mangel an statistischen Daten zur Ausarbeitung einer schweizerischen Definition von Energiearmut**

Die im Ausland erarbeiteten Ansätze zur Definition und Messung von Energiearmut können aufgrund der Datenlage sowie unterschiedlichen Preis- und Kostenniveaus nicht einfach auf die Schweiz übertragen werden. Um eine Definition von Energiearmut in der Schweiz zu erarbeiten, bräuchte es eine vertiefte Auseinandersetzung und Konsolidierung der unterschiedlichen bestehenden Datenquellen des Bundesamts für Statistik, welche den Rahmen dieser Studie gesprengt hätten. Ein Monitoring auf kleinräumiger Ebene parallel zu einer Primärdatenerhebung mit qualitativen Befragungen scheint daher aus unserer Sicht für den Schweizer Kontext eine realistische und notwendige Vorgehensweise, um ein differenzierteres Verständnis von Energieineffizienz, Energiekosten und sozialer Deprivation zu erhalten und den multiplen Belastungssituationen vulnerabler Haushalten gerecht zu werden.

#### **Überkreuzung mehrerer Kategorien der Ungleichheit und Handlungsbedarf**

In der Untersuchung der Fragestellungen kann festgehalten werden, wie sich bei vulnerablen Gruppen mehrere Kategorien der Ungleichheit von diskriminierenden Systemen des Wohnungsmarktes, von Einkommensarmut, Verschuldung, Erkrankung bis hin zu Stigmatisierung durch Behörden und

Energieversorger überkreuzen. Von erneuerbaren Energien und Energiesparmassnahmen profitieren daher ganz eindeutig Personen, die über mehr ökonomische Ressourcen verfügen als die in der Studie untersuchten Haushalte mit tiefem Einkommen.

### **Erkenntnisse zu Händen der Politik**

Zahlreiche Exklusionsmechanismen, denen vulnerable Gruppen ausgesetzt sind, resultieren mitunter aus einem ungeklärten Zuständigkeitsbewusstsein zwischen den involvierten Institutionen und den Politikfeldern. Die theoretische und empirische Analyse dieser Abhängigkeiten, Wechselwirkungen und Verantwortlichkeiten veranschaulicht, wie die sozialen und ökonomischen Folgen der Energiewende für vulnerable Gruppen in den meisten politischen Institutionen und Parteien ausser Acht gelassen werden. Ein zentrales Anliegen ist somit die Vernetzung der drei Politikfelder Energiepolitik – Wohnpolitik – Sozialpolitik. Die Entlastung einkommensschwacher Haushalte beim Umbau des Energiesystems darf nicht in den Verantwortungsbereich staatlicher Sozialpolitik delegiert werden, sondern soll eine Kernaufgabe der Energie- und Effizienzpolitik sein (Schreiner N., *Auf der Suche nach Energiearmut: Eine Potentialanalyse des Low-Income-High-Costs Indikators für Deutschland*. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 811, 2015). Der blinde Fleck der Energiewende liegt in der Fokussierung auf ökologische und ökonomische Ziele. Eine sektorübergreifende Politik ist hier das einzige Mittel, eine sozial gerechtere Energiewende zu erreichen. Dies zeigen die Literaturlauswertung sowie die empirischen Ergebnisse.